

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Verkaufsstellen entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anruf auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verkehrs-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer halb Wohnorte 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umrahmung, Schriftgröße und Adressenänderung nach Maßgabe.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburggebäude.

Nr. 94.

Sonnabend, den 8. August 1931.

34. Jahrg.

Kundgebung der Preussischen Staatsregierung.

An Preußen Wähler und Wählerinnen!

Reichsparteien, Stahlhelm und Kommunisten — unerschütterliche Feinde in unantastlicher Barockverleumdung — rufen zum Volksentscheid für Auflösung des Preussischen Landtages auf. Parteien, deren fanatische Anhänger sich täglich in Überfall und blutigen Kämpfen finden, sind unzulässig zusammen. Mit derselben Waffe des „Ja“-Bretels zum Volksentscheid wollen beide Teile das denkbar Entgegengelegte erreichen: Die einen ein bolschewistisches, rassistisches Reich ohne demokratisches Verfassungsprinzip, die anderen das alte volksrechtliche Preußen des Rechtsstaatsprinzips über eines falschlichen Gewaltregimes.

Und doch: Eine ist in der Tat den Rechts- und Einheitspartei, die hier zum Sturm auf den Preussischen Landtag einziehen, gemeinsam, lassen auch ihre weiteren Ziele unerschütterlich auseinander: Nationalsozialisten und Kommunisten wollen das Chaos, wollen den Sturz des Bestehenden. Jeder denkt aber, an die Stelle des Geheilten seine Herrschaft setzen und die anderen — über noch nichtgenannte Bundesgenossen beim Volksentscheid — unter seine Fährte retten zu können.

Der Preussische Landtag würde der Verfassung gemäß abgelehnt hätte, im Jahr 1932 neu gewählt werden. Selbst dem Gehegen des Volksentscheids würde frühestens Anfang Dezember gewählt werden können. Wegen der kurzen unterirdischen Frist von vier Monaten werden nimmer schon seit dem Beginn des Jahres die politischen Entscheidungen eines schärfen aufgetaucht. Ein für das Volkswohl ungemein schädliches Beginnen in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Not, in der alles darob ankommt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit als unerschütterliche Voraussetzung für die Möglichkeit eines wiederaufsteigenden Deutschlands zu schaffen.

Geht es wirklich um darum, zu erreichen, daß der Preussische Landtag am einige Monate früher gewählt werden soll? Nein! Partei wollen die Stahl- und Reichsparteien, wollen Nationalsozialisten und Kommunisten das letzte große Wollwerk, die Zitate der Demokratie und Republik in Deutschland? Preußen, erkennen. Mit dem Gehegen des Volksentscheids wollen sie nicht nur das Zusammenbrechen von 1918 dem germanischen deutschen Volk erst die Kraft und den Mut gegeben haben, aus den Trümmern des alten Deutschen Reiches ein neues zu errichten und die Deutschen so vor der sonst sicheren Vernichtung als Staatsvolk zu bewahren.

Die Vertreter des Volksentscheids sind gewissenhaft genug, der Preussischen Staatsregierung die Schuld an dem schwersten wirtschaftlichen Unheil aufzuladen, das je über das deutsche Volk hereingebrochen ist. In Wirklichkeit sind es die Folgen des verlorenen Krieges und der uns anstehenden Kriegsschäden, die Folgen der Ausbeutung und der Inflation und volkswirtschaftlich verheerender Maßnahmen, nicht zuletzt aber auch das unverschämte Gebahren unserer radikalen Parteien, ihre Bürgerkriegspropaganda und großverbreitete Revolutionspolitik, die sich nimmer um unter aller Unglut auswirken. Nichts wäre unheilvoller, als den Hühnern des Volksentscheids oder ihren kommunistischen Bundesgenossen nach noch das Staatsverbrechen in Preußen in die Hand zu geben.

Gehegen des Volksentscheids bedeutet: Sieg zweier für den Augenblick vereinigt, gegenüber erbitterter Minderheit, die dem in einen erbitterten Kampf miteinander und die Erbittertheit eintreten und Staat und Wirtschaft in tiefen Vernichtungslage mit hineinziehen würden.

Ein Scheitern des Volksentscheids ermöglicht eine Weiterführung der rassistischen und kommunistischen Politik in Preußen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und als wertvolle Stütze des Reiches bei allen Verhandlungen mit dem Ausland, die der Festhaltung des Vertrauens in Deutschland und dem Wiederaufbau eines Wirtschaftens dienen.

Wer aus blindem Haß gegen die Errungenschaften der Demokratie den Sturz der Regierung der Weimarer Konstitution in Preußen will, wer an die Stelle von Ordnung und Sicherheit die gegenseitige Verleumdung der dann um die Herrschaft kämpfenden radikalen Parteien, also den Bundesverfall im eigenen Land, setzen will, wer die militärische Entmachtung von dem deutschen Wirtschaft zur europäischer Umwelt führenden Nation wieder herstellen will,

wer ein Sowjet-Preußen oder ein falschliches Preußen will, der geht zum Volksentscheid und stimmt nicht zu.

Wer dagegen für den sozialen und demokratischen Ausbau der deutschen Republik und des freiespreichlichen Preußen ist, wer der Preussischen Staatsregierung mitteilen will, daß er nicht mit dem fanatischen Gland der Wirtschaftskrisis und der Arbeitslosigkeit in hartem und zähem Kampf wieder aufwärts zur Gesundung zu führen.

wer Vernunft, Besonnenheit und tiefe, glühende Liebe zu Volk und Vaterland gerade in schwerer Zeit bewiesen will, der folge der Parole:

„Gehet Euch fern vom Volksentscheid! Belehrt Euch nicht am Volksentscheid!“

Das Preussische Staatsministerium:

Dr. h. c. Brann, Dr. h. c. Severing, Dr. h. c. Striffler, Minister des Innern, Minister für Volkswohlfahrt, Dr. h. c. S. S. S. S., Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Schröder, Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schmidt, Justizminister, Grimme, Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Das Begleit Schreiben der Preuss. Regierung

Die Preussische Staatsregierung hat allen Zeitungen Preußens auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg vom 17. Juli 1931 aufgegeben die vorstehende Kundgebung der Preussischen Staatsregierung zum Volksentscheid in Preußen zu veröffentlichen. Der Wortlaut der Kundgebung ist uns mit folgendem Begleit Schreiben der Preussischen Regierung zugeht worden:

Der preussische Ministerpräsident, Berlin W 8, den 8. August 1931. Nr. 94. 647.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 17. Juli 1931, § 4, erlaube ich Sie, die anliegende amtliche Kundgebung der Preussischen Staatsregierung auf der ersten Seite Ihrer Zeitung zu veröffentlichen. Die Preussische Staatsregierung, gez. Brann, Preussischer Ministerpräsident.

Proteste gegen die Preußenregierung.

Die amtliche Kundgebung zum Volksentscheid.

Die Kundgebung, die die preussische Staatsregierung auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 17. Juli 1931, § 4, erlaube ich Sie, die anliegende amtliche Kundgebung der Preussischen Staatsregierung auf der ersten Seite Ihrer Zeitung zu veröffentlichen. Die Preussische Staatsregierung, gez. Brann, Preussischer Ministerpräsident.

Der Reichspräsident läßt auf die ihm zugegangenen zahlreichen telegraphischen Anfragen mitteilen, daß die Anordnung der Veröffentlichung der gestrigen Kundgebung der preussischen Staatsregierung ihm vorstehende zur Änderung der Verordnung vom 17. Juli 1931 zur Bestätigung politischer Ausschreitungen zu erlösen. Die Reichsregierung wird unverzüglich solche Vorstöße dem Reichspräsidenten unterbreiten. Wie weiter gemeldet wird, dürfte die Wiedereinrichtung der letzten Notverordnung noch einige Tage auf sich warten lassen. Die Reichsregierung wird in dieser Angelegenheit zunächst Besprechungen mit den zuständigen Verfassungsorganen haben. Eine Entscheidung über die Gestaltung der Wiedereinrichtung wird voraussichtlich am Montag nach der Rückkehr des Reichsanzlers fallen.

Die Beschwerde des Stahlhelms.

Das Bundesamt des Stahlhelms hat in Verfolg der Kundgebung der preussischen Staatsregierung gegen den Volksentscheid, die als Auflagenantrag sämtlichen preussischen Zeitungen gelang, an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es darauf hinweist, daß diese Kundgebung seiner Ansicht nach unter unbedingter Berufung auf die Notverordnung ergeht, und in dem es den Reichspräsidenten bittet, die Presse für die Kundgebung zu verurteilen, das öffentliche Leben zu gefährden und, was sie als Wahrheit und Recht erkannt haben.

Am Tage vorher hat der Stahlhelm an den Reichsanzler kurz vor dem Verleihen nach Rom ein Schreiben gerichtet, in dem er über Behinderungen des Volksentscheids Beschwerde erhebt und erklärt, daß der Stahlhelm sich vorbehaltlos in weiterer Behinderung des Volksentscheids das Ergebnis der Abstimmung anzusehen.

Die Volkspartei protestiert.

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Wg. Dingeldey, hat an die Reichsregierung ein Telegramm geschickt, in dem er den anhängen Vorwürfen darlegt, die Reichsregierung möge nach in letzter Stunde alles unternehmen, um den Abbruch der Auflage — Kundgebung der preussischen Regierung gegen den Volksentscheid zu verhindern. Dingeldey ist in seiner Beschwerde über den Inhalt des Telegramms folgendes: „Zunächst ist zu beklagen, daß das preussische Vorgehen die Stärkung radikaler Tendenzen im Lande und eine neue Erregung der Bevölkerung zur Folge hat. Weiterhin ist die die Reichsregierung bis hinunter zu den untersten Instanzen, werden durch die von Preußen geübte Anwendung der Notverordnung in eine Oppositionsstellung gebracht, die schwere Gefahren in sich schließt.“ Ein ähnlich lautendes Telegramm hat Dingeldey an das Bureau des Reichspräsidenten, z. B. des Staatssekretärs Weisner, gerichtet.

Die Bedrohung der Pressefreiheit.

Die Kundgebung der preussischen Regierung zum Volksentscheid haben am Freitag alle Blätter veröffentlicht. Eine Stellungnahme dazu ist meistens unterblieben, weil man wohl annahm, daß eine Erwiderung in der gleichen Nummer nicht erlaubt sei. Einige Berliner Blätter veröffentlichten jedoch die Kundgebung als Leitartikel, mit einer sehr scharfen Kritik daran. Die Blätter, die von einer Bedrohung der Pressefreiheit, denken die Kundgebung ohne jede Stellungnahme ab, die die Zweckmäßigkeit des Schrittes ab. Der Vorwurf trifft gleichzeitig eine Zeit, amtliche Beschränkung der Wortnahme, in der es heißt, daß von einer Bedrohung der Pressefreiheit in diesem Falle keine Rede sein könne. Erst in den Abendausgaben nahm auch die Presse der Provinz und des Zentrum Stellung.

Die Blätter der Rechten üben auf der Kundgebung zum Teil sehr scharfe Kritik, soweit dies mit Rücksicht auf die Pressefreiheit möglich ist. Der Berliner Lokal-Anzeiger beginnt seine Stellungnahme so:

„Zeiden es so etwas wie eine Zeitung gibt, hat noch niemals eine Regierung die Macht im Anspruch genommen und in Anspruch nehmen können, die oppositionelle Presse zu zwingen, in einer Weise, die völlig gegen ihre Abgrenzung geht, für die Politik eines von ihr bestimmten Ministeriums in vorgeschriebener Aufmachung Propaganda zu machen. Die Pressefreiheit ist durch die Kundgebung der Preussischen Regierung vom 31. Juli gibt zum ersten Male eine Regierung diese Macht. Die preussische Regierung Braun-Seeberg macht zum ersten Male von dieser Macht Gebrauch.“

Die aratische Deutsche Tageszeitung nimmt Punkt für Punkt der Kundgebung vor und sagt dabei u. a.: „Gewissenslos sei es, behauptet die Kundgebung, der preussische Reichspräsident die Schuld an dem schwersten wirtschaftlichen Unheil aufzuladen, das je über das deutsche Volk hereingebrochen ist. Diese preussische Staatsregierung mag mit Preußen und mit Engländern reden und jeden Tag Zeitungen drucken lassen, die behaupten, daß sie die wirtschaftliche Lage zu verbessern, daß sie als Hauptkollaborator des Sozialismus in Deutschland auf vielfältige Art die Abwärtsentwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Situation.“

Sehr scharf ist die Kritik in der Deutschen Allgemeine Zeitung, die, wie bekannt, Freiesien der Reichsregierung sehr nahe steht. Das Blatt ist vor allem darüber entsetzt, daß die Kundgebung auch von den Zentrumsministern unterschrieben ist, die sich damit gegen die Volkspartei und gegen die Rechtsparteien wendet, die im Reich die politische Verantwortung für die Kundgebung übernehmen. Das Blatt bezeichnet die Kundgebung als schwere Verletzung dieser Parteien, und fordert den Rücktritt der Zentrumsminister in Preußen. Es beginnt seine Kritik mit folgenden Sätzen:

„Für mit Enttäuschung und Empörung kam man den Inhalt dieser Kundgebung zur Kenntnis nehmen. Die Antwort darauf muß sein, daß jeder Verantwortungsbesitzer und staatspolitisch eingestellte Amtsinhaber am Sonntag zur Wahlurne geht, sich am Volksentscheid beteiligt, mit Zustimmung eintritt. Es ist unerhörte, daß sich unter dieser Kundgebung der preussischen Staatsregierung auch Namen der Minister befinden, die der Zentrumspartei angehören.“

In der Presse der Provinz und des Zentrum ist man über die Kundgebung nicht weniger als erfreut. Am Vorwärts heißt es für Braun ein, die Germania, das Zentrumblatt, sagt:

„Wir halten uns verpflichtet, schon jetzt zu sagen, daß die preussische Staatsregierung bei ihrem Schritt nicht auf beraten war, und daß der Kampf im Preußen dadurch kompliziert worden ist. Niemand kann sich darüber im Zweifel sein, daß die Telegramme Dingeldeys auch noch andere ernste politische Bemerkungen enthalten.“

Und die demokratische Sozialistische Zeitung schreibt:

„Wir würden, die preussische Regierung hat gegen einen Nummerang abgelehnt. Wir fordern, daß er nicht auf die Kundgebung zu verzichten. Und damit künftig niemand in der Kundgebung zu greifen, darum fordern wir, daß bei der vom Reichspräsidenten in die Wege geleiteten Wiedereinrichtung der Notverordnung diese Rechte fallen.“

Die Kundgebung der preussischen Regierung das größte Mißgeschick. Die Verleumdungen der bayerischen Presse erfuhr in

einem Telegramm an die Reichsarbeitgemeinschaft der Deutschen Presse in Berlin, sich dafür einzusetzen, daß die Presseverordnung, auf die sich die preussische Regierung bei ihrem Vorgehen gestützt hat, förmlich aufgehoben wird.

Eine Erweiterung auf die Kundgebung.

Die am preussischen Volksscheid beteiligten rechtsstehenden Parteien und Fraktionen veröffentlichen eine Erklärung gegen die Kundgebung der preussischen Regierung, in der es heißt:

„Zwölfhundert Sechshundert in Preußen sind unter Berufung auf die Presseverordnung des Reichspräsidenten gesammelt worden, eine Kundgebung der preussischen Regierung gegen den Volksscheid zu veröffentlichen. Eine sachliche Erweiterung auf die Kundgebung erwidert sich in diesem Augenblick der Entscheidung. Wir sind überzeugt davon, daß nicht nur unsere bisherigen Anhänger in Stadt und Land, durch derartige Kundgebungen nicht wandeln gemacht werden, sondern daß darüber hinaus alle wirklich treuherzlich denkwürdigen Männer und Frauen auf diese Kundgebung die einzig mögliche Antwort geben und mit Ja stimmen.“

Ein Aufruf Hitlers.

Der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei richtet an seine Anhänger in Preußen eine Kundgebung, in der er sie auffordert, beim Volksscheid am Sonntag mit Ja zu stimmen, um die Auslösung des Preussischen Landtags herbeizuführen.

Die Aussichten des Volksscheids.

Die preussische Verfassung gibt dem preussischen Volk das Recht, direkt in einer Volksabstimmung sich darüber zu entscheiden, ob der Landtag aufgelöst werden soll oder nicht. Erklären sich mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten für Auflösung, dann ist das Schicksal des Landtags entschieden. Die Wähler der Verfassung haben bei der Einleitung dieser Abstimmung ein Recht, die Wahlberechtigung durch die Abstimmung sich innerhalb kurzer Zeit zu ändern, daß der Landtag nicht mehr als Spiegelbild der Volksmeinung angesehen werden kann. In diesem Fall soll der Volksscheid die Stimmkraft ermöglichen. Der letzte Preussische Landtag, der jetzt nach der Schließung des Reiches beginnt, ist am 20. August 1933 gewählt worden. Damals erhielten die jetzt in Preußen regierenden Parteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Nationalpartei 1.175.000 Stimmen, alle Parteien rechts vom Zentrum zusammen 6.744.000 Stimmen, die Kommunisten 2.257.000 Stimmen.

Die Mehrheit der Regierungsparteien war also von Anfang an sehr gering, und die Regierung hätte auf nicht ganz hundert Stimmen im Reichstag zählen können. Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Die an der preussischen Regierung beteiligten Parteien erhielten damals zusammen 8.259.000 Stimmen, die Kommunisten einschließlich Kommunisten über 12 Millionen Stimmen, mit anderen Worten die preussische Regierung war eigentlich in die Minderheit geraten.

Soll nun der Volksscheid Erfolg haben, so müssen rund 13.400.000 Ja-Stimmen abgegeben werden. Es müßte also den Verächtern des Volksscheids nicht nur gelingen, alle Anhänger die bei den letzten Reichstagswahlen für sie gestimmt haben auch jetzt noch eine Ja-Stimme abzugeben, sie müßten außerdem noch einen Zuwachs von mehreren hunderttausend Stimmen bekommen. Die Gegner des Volksscheids glauben nicht daran, daß die erforderliche Zahl zusammenkommt. Am wahrscheinlichsten ist, daß die Abstimmung, daß man angesichts der Ergebnisse der letzten Wahlen auch mit der Möglichkeit rechnen muß, daß die erforderliche Stimmenzahl erreicht wird. Es kann leicht möglich sein, daß die Neuwahlberechtigung der Reichsregierung sich beim Volksscheid auswirkt.

Die deutschen Minister in Rom.

Mussolini zum Empfang auf dem Bahnhof. Der Empfang, den den deutschen Gästen auf dem Hauptbahnhof in Rom zuteil wurde, fand im Zeichen der persönlichen Anwesenheit des italienischen Regierungschefs, Mussolini hat es sich nicht nehmen lassen, dem Reichsminister in Rom als erster die Hand zu drücken und dadurch zu betonen, wie herzlich die deutschen Minister in der ewigen Stadt erwartet wurden.

Dem Sonderzug entstieg zuerst der Reichsminister für den deutschen Verkehr in Rom, von Schubert, dem Außenminister Curtius und den Herren ihrer Begleitung. Nach der Begrüßung mit Mussolini und Grandi stellte letzterer den deutschen Gästen die anwesenden Herren vor. Mussolini leitete darauf Brüning und Curtius durch den königlichen Empfangssaal auf den Bahnhofspavillon, wo sich der Reichsminister und der italienische Regierungschef sowie beide Außenminister mit ihren Gefolgsleuten, Photographen und Stimmopferatoren laufend stellten. Sinter dem Spalier der Carabinieri ständischen die Römer, die sich zur Begrüßung eingefunden hatten, Weisfall. Darauf bestiegen die beiden deutschen Minister ihren Wagen und fuhren über den Bahnhofspavillon, der schon lange vor Eintreffen des Sonderzuges abgepörrt war, zum Grandhotel. Am zweiten Wagen folgte Mussolini und dann der deutsche Vizekanzler.

Die erste Unterredung.

Später führten Reichsminister Brüning und Außenminister Curtius vor dem Palazzo Venezia vor, um den italienischen Regierungschef ihren offiziellen Besuch zu begrüßen. Während sie sich in den Palafo Mussolinis begaben, präsentierte die italienische Wache das Gewehr. Die Unterredung dauerte anderthalb Stunden.

Grüße des Königs von Italien.

Reichsminister Brüning und Außenminister Curtius haben den Wunsch ausgesprochen, dem König von Italien persönlich ihre Glückwünsche zu übermitteln. Der König, der sich jetzt in San Felice befindet, hat die Absicht mit großen Dank angenommen, hat die Minister aber im Hinblick darauf, daß sie so bald wie möglich nach Deutschland zurückkehren müssen, wo sie schwere und dringende Aufgaben erwarten, geben, von den beschleunigten langen Reise absehen und hat ihnen seinen Gruß entboten.

Was der Kanzler von Mussolini erhofft.

Der Reichsminister hat kurz nach seiner Ankunft in Rom der amtlichen italienischen Agentur folgende Erklärung übergeben: „Die Tatsache, daß ich und mein Kollege Curtius diese Reise nach Rom unternommen in einem Augenblick, zu dem Deutschland alle seine Kräfte in den Kampf für seine wirtschaftliche und politische

Existenz eingesetzt hat, beweist, wie wichtig uns der persönliche Kontakt und ein vertraulicher Gedankenaustausch mit den leitenden Staatsmännern Italiens von heute zu morgen ist, und zwar besonders mit dem hervorragenden italienischen Regierungschef. Ich will daher schon jetzt meine Dankbarkeit der italienischen Regierung gegenüber erklären, die unseren Wunsch nach diesem persönlichen Gedankenaustausch in so liebenswürdiger und freundschaftlicher Weise aufgenommen hat. Das deutsche Volk hat in seiner schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage mit Dankbarkeit das italienische Interesse an der gegenseitigen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in der schmelzen und bedingungslosen Annahme und der praktischen Durchführung des Hoover-Planes.

Im Verlaufe der freundschaftlichen internationalen Unterhaltungen, die zu diesem Zwecke begonnen wurden, wollen wir nicht nur die Fragen freundschaftlich besprechen, die in besonderer Weise Deutschland und Italien interessieren, sondern auch alle jene Probleme, die gelöst werden müssen, wenn man nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa die Möglichkeit zu friedlicher Arbeit geben will und zur Befriedung der durch die schweren Ereignisse der letzten zwei Jahrzehnte geschlagenen Völker. In diesem Sinne hoffe ich auf eine glückliche Abwicklung der bevorstehenden Unterredungen zwischen den deutschen und italienischen Staatsmännern.

Mussolini und die europäische Zusammenarbeit.

Bei einem Empfang der Vertreter der deutschen Presse gaben der Reichsminister und der Außenminister eine kurze Erklärung über den Zweck der Reise nach Rom ab. Reichsminister Dr. Brüning nahm hierbei Bezug auf die Erklärung, die er durch die italienische amtliche Nachrichtenagentur verbreiten ließ. Der Reichsminister betonte, daß er, nachdem er mit Grandi bereits in London eine Unterredung gehabt habe, über dasselbe Thema auch mit Mussolini sprechen wollte. Wir sehen in ihm, fuhr der Reichsminister fort, eine Persönlichkeit, die den Gedanken der europäischen Zusammenarbeit besonders in der Vordergrund stellt hat. Die Schaffung einer Vertrauensatmosphäre unter den Völkern sei daher das Hauptziel der Verhandlungen in Rom.

Reichsminister Curtius fügte hinzu, daß die Unterredung Mussolini im Palazzo Venezia sehr offen und freundschaftlich war. Curtius brachte sodann die Verteidigung der deutschen Minister über den vorliegenden und hergeleiteten Anstoß zum Ausdruck, der ihnen schon vor der Grenze an zuteil geworden sei. Besonders gerührt seien sie über die Tatsache, daß Mussolini sie persönlich am Bahnhof erwartet habe. In derselben freundschaftlichen Weise hätte sich auch dann der Empfang im Palazzo Venezia abgepielt.

Durchführung der Devisenordnung.

Weitere Einzelheiten.

Amlich wird mitgeteilt: Die ersten Anweisungen zur Durchführung der Devisenbeschränkung an die Landesfinanzämter hatten natürlich nur einen ganz vorläufigen Charakter. Auf Grund der Erfahrungen der ersten beiden Tage, an denen sich die Steuerzahlung des freien Verkehrs ohne Beschränkung vollzogen hat und der inzwischen eingeleiteten Verhandlungen mit den Wirtschaftskreisen kann jetzt eine erhebliche Lockerung der Verordnung

Es werden neue Richtlinien gegeben, die jedoch voraussichtlich auch nur für eine kurze Zeit gelten und demnach durch weitere Vorschriften abgelöst werden können, welche die zurzeit bestehenden Hemmnisse im Warenverkehr beseitigen.

Im allgemeinen Teil der neuen Verordnung über die Devisenbeschränkung wird betont, daß auf die volkswirtschaftlich gerechtfertigten Bedürfnisse Rücksicht genommen wird. Die Devisenbeschränkung umfaßt nicht nur den Verkehr mit ausländischen Werten, sondern auch den Verkehr in Werten deutscher Währung mit den im Ausland oder im Saargebiet ansässigen Personen. Weitere Ergänzungen und Veränderungen der Richtlinien sind in Aussicht genommen.

Die einzelnen Bestimmungen zählen alle Fälle auf, in denen die Einfuhr von Werten in die Devisenbeschränkung fallen, ebenso alle diejenigen Fälle, wo die Genehmigung zu erteilen ist.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Genehmigung nur erteilt werden kann, soweit der Zweck als volkswirtschaftlich gerechtfertigt nachgewiesen wird.

In keinem Fall darf die Genehmigung erteilt werden zum Zweck der Tilgung nicht langfristiger Kredite, die nicht aus dem Warenverkehr entstehen sind.

Es werden nach diesen Bestimmungen Devisen freigegeben für Geschäfte bei denen die 3000-Mark-Grenze nicht überschritten wird, sowie für Geschäfte, die unter die Bestimmungen der Stillschließungsverordnungen fallen.

Zu genehmigen sind u. a. Zinsen und regelmäßige Tilgungsbeträge für langfristige Anleihen und auch für nicht langfristige Kredite.

Für Geschäftsreisen, die entsprechend begründet sind, wird bis zur 3000-Mark-Grenze der angeforderte Devisenbetrag genehmigt.

Für den nicht geschäftlichen Reiseverkehr sind Genehmigungen nur dann zu erteilen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß dringende persönliche Gründe für die Durchführung der Reise vorliegen, daß der angeforderte Betrag nach Art und Dauer der Reise voraussichtlich erforderlich ist und daß eine ausreichende Möglichkeit für den Antragssteller, sich die erforderlichen Zahlungsmittel ohne Genehmigung zu beschaffen, nicht mehr besteht.

Für Wechsel ins Ausland oder ins Saargebiet sowie für Schecks sind hingegen keine Einzelregelungen vorgesehen.

Der Transithandel, gleichwohl ob die Ware das deutsche Reichsgebiet berührt oder nicht, wird entsprechend beschränkt. Für Reisebureau, Schiffsmater, Schiffbesitzer und Banken sowie für Schiffsbetriebsmittel im See- und Luftverkehrsbereich werden gewisse Erleichterungen eingeführt.

Anmahnung von Devisen einer an der Berliner Wiese amlich notierten Auslandsbank in Devisen einer anderen ebenfalls notierten Auslandsbank ist ohne Genehmigung zulässig, sofern nicht eine bestehende Schuld abgedeckt wird.

Sonderverordnungen für den Warenverkehr ergänzen die Devisenbeschränkungen durch die lebenswichtigen Einfuhr- und Ausfuhrerzeugnisse gewahrt werden.

Zur Abwicklung von postamtlichen Verordnungsverfahren muß die Zustimmung des Reichswirtschaftsministers erteilt werden.

Verordnung über Sparguthaben.

Amlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 wird verordnet:

Artikel 1. Vom 8. August 1931 an gelten für Guthaben aus Sparkassen und Sparkassen (bei Sparkassen, Sparkassen aller Art und Genossenschaften) bis auf weiteres folgende Bestimmungen:

§ 1. Bis zum Schlußbetrage von 300 Mark werden Zahlungen (Rückzahlungen und Überweisungen) ohne vorherige Kundgebung gestattet. Sonstige Bestimmungen, die den Anspruch auf eine Zahlung ohne vorherige Kundgebung auf einen niedrigeren Betrag beschränken, bleiben unberührt.

§ 2. Die Zahlung eines höheren Betrages als insgesamt eines Betrages von 300 Mark innerhalb eines Zeitraumes von einem Monat kann nur gefordert werden, wenn eine rechtzeitige Kundgebung erfolgt ist.

Artikel 2. Diese Verordnung tritt am 8. August 1931 in Kraft.

Zu verstehen sei tritt Artikel 5 der 2. Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bestimmungen dieser Verordnung.

Ab Sonnabend voller Sparkassenbetrieb.

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichspräsidenten über die Spar- und Giroverkehr vom 5. August 1931 ist den Sparkassen die Möglichkeit eröffnet worden, geeignete Unterlagen zu schaffen, auf die sie sich durch Vermittlung der Akzept- und Garantiebank bei der Reichsbank die nötigen Kassenmittel verschaffen können.

Es besteht daher keine Notwendigkeit mehr, den Zahlungsverkehr der Sparkassen weiter zu beschränken, zumal das Verbot der Republikanten am ersten Tag des freien Zahlungsverkehrs bei den Banken den Erwartungen entgegen, die der Reichsminister in der Kundgebung ausgesprochen hat, und anzunehmen ist, daß die Inhaber von Sparguthaben die gleiche Besonnenheit und das gleiche Vertrauen an den Tag legen werden. Schon vom nächsten Sonnabend ab soll sich daher der Zahlungsverkehr, soweit es sich um Guthaben auf Sparkassen und Sparbüchern handelt, im wesentlichen so wie vor den Beschränkungen gestalten.

Allerdings wird er sich in den Grenzen halten müssen, welche die schon — früher nicht überall streng innegehaltene — Unterlassung des Spar- und Giroverkehrs vorkräftet. Diese Zurückhaltung ist besonders wichtig, da innerhalb eines Monats bis zu 300 Mark ohne vorherige Kundgebung abgehoben werden können, während die Abhebung größerer Beträge von der Einhaltung gewisser Kundgebungsriten abhängig ist.

Guter Start des vollen Zahlungsverkehrs.

Der gute Start des ersten Tages des vollen Zahlungsverkehrs kommt auch in den Ein- und Auszahlungen bei der Reichsbank zum Ausdruck. Die geringe Beanspruchung der Banken hat natürlich auch auf die Reichsbank günstig zurückgewirkt. Das deutsche Notenbankinstitut konnte am ersten Tag einschüßlich seiner Mittel den Einzahlungen von 86 Millionen Mark berichten, denen Auszahlungen von nur 1 Million Mark gegenüberstehen.

Der Verlauf des ersten freien Banktages in Deutschland hat im Ausland einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. Es wird betont, daß es nirgends zu einem Ansturm des Publikums kam und daß die bereitgehaltenen Mittel den ganzen Tag nicht zu kurz kamen. In Italien schreibt die „Times“, die Eröffnung dieses Tages sei sehr zufriedenstellend gewesen, und es sei klar, daß die Gefahr einer finanziellen Panik vorüber sei. An manchen Stellen sei in die Banken mehr Geld eingezahlt worden, als abgezogen worden sei. Auch der Beifall der Reichsbank an Zahlungsmitteln hätte sich vermehrt und nicht vermindert. Diese erfreuliche Entwicklung sei auf die guten Beziehungen zurückzuführen, die von den wichtigsten deutschen Banken und deutschen Behörden getroffen worden seien, ferner auf die ausgezeichnete Standshaftigkeit des deutschen Volkes.

Die zweite Rate der Beamteneinzahlung.

Die Gelder zur Auszahlung der zweiten Rate der Beamteneinzahlung sind an die zuständigen Stellen überwiesen; die Auszahlung wird am nächsten Datum reibungslos vor sich gehen.

Weitere Geldrückflüsse an die Reichsbank.

Die Rückwende zum Hauptbanktag. Infolge der Massenverlore der Banken und der geringen Ansprüche des Publikums an die Banken war wieder ein erheblicher Rückfluß an die Reichsbank festzustellen. Während das deutsche Notenbankinstitut am 5. August über 86 Millionen Einzahlungen und nur eine Million Auszahlungen berichtete, betragen die Einzahlungen am 6. August 81,1 Millionen und die Auszahlungen 0,3 Millionen Mark. Die von der Reichsbank bereitgestellten Mittel von 86 Millionen Mark werden in Anspruch genommen zu werden, da im Gegenseit der Notenrückfluß angefallen hat.

Vollstreckung des Reichsrates.

Der Reichsrat genehmigte in seiner Vollstreckung eine Verordnung zur Änderung der Reichsministerverordnung für die Reichsbeamten. Diese Verordnung ist ein Bestandteil des allgemeinen Sparprogramms der Reichsregierung und setzt die bisherigen Beschränkungen der Reichsbeamten hinsichtlich der Verwendung ihrer Einkünfte für die Beamtenheimfinanzierung zurück.

Für den Vorken eines selbstverordnenden Präsidenten des Reichsbildungsministeriums in Leipzig soll mit Zustimmung des Reichspräsidenten der Reichspräsident beim Reichsgericht, Dr. Schöner, vorgeschlagen werden.

Kreditverlängerung zugunsten der Reichsbank.

Die Federalreservebanken beteiligten sich. Die Federalreservebanken haben beschlossen, an der Verlängerung der Kredite zugunsten der Reichsbank teilzunehmen. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Sturman, erklärte bei seiner Rückkehr aus Europa, daß die Reparationszahlungen nicht wieder auf der alten Grundlage angenommen werden könnten. Sie müßten vielmehr den wirtschaftlichen Zuständen und besonders der Zahlungsfähigkeit Deutschlands angepaßt werden.

Votales und Provinzielles.

□ Wer ist stimmberechtigt zum Stahlhelm-Vollentscheid? Jeder ist stimmberechtigt, der das Wahlrecht zum Preussischen Landtag hat. Wer am Abstimmungsstage Reichsangehöriger, 20 Jahre alt ist und in Preußen seinen Wohnsitz hat, ist stimmberechtigt. Obgleich sind nachberechtigt die reichsangehörigen über 20 Jahre alten preussischen Staatsbeamten, Arbeiter und Angehörigen in preussischen Staatsbetrieben und die Angehörigen ihrer Familien, die zwar nicht in Preußen wohnen, aber nahe der Landesgrenzen ihren Wohnsitz haben.

□ Die Stimmabgabe beim Stahlhelm-Vollentscheid. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, den Kreis des mit „Ja“ der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, den Kreis des mit „Nein“ bezeichneten Kreises auf dem amtlichen Stimmzettel durchkreuzt. Der Stimmzettel darf nur in einem amtlich abgeklemmten Umschlag, der ebenfalls im Abstimmungsraum ausgehändigt wird, dem Abstimmungsleiter übergeben werden. Das Ankreuzen des Stimmzettels und das Hineinlegen in den Umschlag muß unbedingt in der Reihenfolge geschehen. Der Stimmzettel darf nicht in der Wahlzelle in den Umschlag gelegt hat. Die Stimmberechtigten nehmen im Abstimmungsraum nach der Beifolge ihres Eintrags hinterinander Aufstellung und dürfen ausschließlich in der Wahlzelle beraten. Es wird empfohlen, das Stimmrecht, soweit möglich, bereits am Vorabend auszuüben.

Es wird darauf hingewiesen, daß Kräfte der gegnerischen Seite am Werke sind, Willkür von der Abstimmung fernzuhalten, indem sie, namentlich den politisch ungeschulten kleineren Leuten, erzählen, daß es nicht notwendig sei, zum Vollentscheid zu gehen, wenn sie sich in die Listen des Volksbegehrens eingeschrieben hätten, damit hätten sie auch ihre Stimme für den Volksentscheid abgegeben. Das ist glatter Unsinn.

— **Annaburg.** Bei der Zwangsvereisigung der Heinelein'schen Wirtschaft am Dienstag an hiesiger Gerichtsstelle gab Herr Kaufmann und Mühlenbesitzer Wilhelm Ditt das Höchstgebot mit etwas mehr als 20000 RM. ab.

— **Annaburg.** Die Verfalltagfeier für Volks- und Berufsschule findet Dienstag nachmittag 3 Uhr statt.

— **Schweinitz.** Feueralarm schreite gestern morgen früh nach 3 Uhr die Bewohner aus dem Schlaf. Beim Eintreffen der freiwilligen Feuerwehr stand das Anwesen des Landwirts Gustav Böhm bereits in hellen Flammen, denen die mit Entrosteten gefüllte Scheune nebst Stallung und Schuppen zum Opfer fiel. Mit vernichtet wurden ein wertvoller Dreschapparat sowie andere landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Nur das Vieh konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

— **Tellen.** Die Stadtorordneten verabschiedeten in ihrer letzten Sitzung den Haushaltsplan für das Jahr 1931/32, der in Einnahme und Ausgabe mit 165500 Mk. ausgeglichen ist. Der überaus sparsamen Haushaltsplan im vorigen Jahre ist es gelungen, einen Vertrag von 12300 Mk. in den diesjährigen Haushalt einzubringen, so daß die Steuern nicht erhöht zu werden brauchen. Die Steuerzuschläge wurden folgendermaßen festgelegt: 200 Prozent zur Grundvermögenssteuer vom bebauten und unbebauten Besitz, 400 Prozent zur Gewerbesteuer und 400 Prozent zur Gewerkeertragsteuer. Die Besteuer beträgt 1 Mk je Schlotter. Der Haushaltsplan wurde nach verhältnismäßig kurzer Beratung einstimmig angenommen.

— **Senda.** 4. August. Die Not ist gewisslich groß, aber daß man auch das noch, was man nicht ernten kann, zertrüßelt, das ist doch gemein. So wurde einem Arbeiter von seinem in der Kolonie gelegenen Acker nicht allein fast sämtlicher Rohl und die Gurken gestohlen, sondern auch noch durch Zertreten der Pflanzen großer Schaden zugefügt.

— **Schlieben (Kreis Schweinitz).** Ein verheerendes Großfeuer suchte das Dorf Mehlisdorf heim. Der Brand kam im Hause des Landwirts Samuel aus, das misamt den Stallungen dem Erdboden gleichgemacht wurde. Auch Vieh verbrannte. Gerettet werden konnte gar nichts. Die Flammen griffen bald auf einen Holzschuppen des Landwirts Krejzler über. Der Schuppen brannte gleichfalls vollkommen nieder. Von da griff das Feuer weiter auf das Anwesen des Oberlandjägers a. D. Braunsdorf über. Auch dieses brannte mit Stall und Scheune bis auf die Grundmauern nieder. Nur ein geringer Teil des Mobilars konnte gerettet werden. Zahlreiche Feuerwehren, so aus Udenwalde, Jüterbog und Dahme, waren zur Bekämpfung des Feuers erschienen, konnten jedoch nicht viel ausrichten, um so mehr, als alle Wohnhäuser auch mit Strohdach gedeckt waren. Besonders hart betroffen ist Landwirt Samuel, der um sein ganzes Hab und Gut gekommen ist, das nur sehr mäßig versichert sein soll.

— **Kreuzen, 7. August (Großfeuer).** Während des heftigen Gewitters von gestern Abend schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts Paul Tiebisch und zündete. Das Feuer fand reiche Nahrung in der aufgelappten Getreide- und Heuernte. Trotz des wolkenbrudrigen Regens breitete sich das Feuer sehr schnell aus, sobald außer der Scheune auch der Stall und das Wohnhaus noch ein Opfer der Flammen wurden. Nur der Hilfsbereitschaft einiger Einwohner ist es zu danken, daß das Vieh und einige Gegenstände in Sicherheit gebracht werden konnten. Vernichtet wurde die ganze Getreide- und Heuernte und das tote Inventar. Der Schaden ist beträchtlich.

— **Eilenburg, 5. August.** Am Mittwoch früh gegen 5 Uhr ereignete der Bahnhof Krenitz vom Personal eines in Richtung Eilenburg fahrenden Zuges die telefonische Mitteilung, daß auf der Strecke zwischen Krenitz und Rammersdorf zwei Leichen lagen. Der Krenitzer Bahnhofsvorsteher sowie ein Landjäger begaben sich sofort an die betreffende Stelle und stellten fest, daß es sich um ein junges Paar im Alter von 20 bis 25 Jahren handelte. Beide mußten die Köpfe auf die Schienen gelegt haben als in der Nacht ein Zug nahte. Dem Mädchen wurde der Kopf ganz abgehauen. Bei dem jungen Mann hing er noch mit einem Fleischstücken am Körper. Da die jungen Leute hatten sich schon am Dienstagnachmittag Stundenlang in der Gegend nahe dem Bahndamm herumgetrieben. Es wird vermutet, daß sie aus Leipzig sind.

— **Elsterwerda.** Ein großes Schadenfeuer suchte am Montagabend das Holzgägewerk Gebr. Jahre in Elsterwerda heim. Bei dem starken Wind breitete sich das Feuer, dessen Ursache noch unbekannt ist, sehr schnell auf einen über 70 Meter langen, mit wertvollen Hölzern bis unter Dach gefüllten Lagergraben aus. Den Anstrengungen der Feuerwehr aus der gesamten Umgebung gelang es, ein weiteres Uebergreifen des Feuers auf die angrenzenden Lagergebäude und Bureauräume zu verhindern. Das Hauptlager mit seinem wertvollen Inhalt und mehreren Holzbearbeitungsmaschinen wurde völlig zerstört. Ein Wohnhaus wurde erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

[Gingefandt.]

Trotz aller Widerwärtigkeiten feiert Annaburg morgen und übermorgen sein Volks- und Heimfest, verbunden am Montag von 8 bis 12 Uhr mit dem alljährlich stattfindenden Reichs-Jugendweiltampfen, an welchem in diesem Jahre unser Nachbarnort Burglin beteiligt ist. Der unterzeichnete Festauschuss bildet die hiesige Einwohnerschaft unserem Orte das übliche Festfeld durch Flagen-, Maier- und Umlandenschmuck anzulegen. Damit unseren Kindern der Umzug nicht zum Marterweg wird, bitten wir freundlichst — falls es nötig sein sollte — um Weiterleitung des durch die tropische Hitze hervorgerufenen Staubes. Die Straßen, durch die der Umzug geführt wird, bitten wir besonders herzuweichen und kurze Zeit vor Anbruch des Festzuges zu sprengen. Der Umzug beginnt am beiden Tagen um 13^{1/2} Uhr. Der Festzug nimmt am ersten Tage seinen Weg vom Marktplatz durch die Holzdocker-, Mittel-, Mühlen-, Feld-, Acker-, Ulmen-,

Lochauer- und Friedhofstraße zum Festplatz; am Montag vom Marktplatz durch die Torgauer-, Hinter-, Höhe und Niederstraße, Ruhgasse, Am Neugarten und Holzdockerstraße zum Festplatz. Am Umzuge an Spiel und Espenungen dürfen nur schulpflichtige Kinder teilnehmen. Der Höhepunkt unseres Volks- und Heimfestes wird das Abrennen eines impotanten Feuerwerks sein, das beim Eintreten der Dunkelheit am ersten Festtag vor sich gehen soll. Um Schäden aller Art oder gar Unglücksfälle zu verhüten, ist besondere Vorkehrung seitens des gesamten Publikums geboten. Das Fest selbst endet mit einem Festzug, der sich um 1/2 Uhr vom Festplatz zum Marktplatz bewegt, wo die Kinder verabschiedet werden. Die Eltern unserer Kinder, Jugend und Gäste finden sich danach wieder auf dem Festplätze zu einer Nachfeier zumalmen.

Zum bevorstehenden Volksentscheid sind in der Presse die Meinungen des Herrn Generals v. Horn, des Vorsitzenden des Reichstriegebundes „Kuffhäuser“ und des Preussischen Landesfreigeierverbandes vom 6. Juli 1931 zum Teil entsetzt zum Teil gerade in ihr Gegenteil verkehrt niedergegeben. Der wirtliche Wortlaut ist folgender:

Am Gegenüber zu den anderen Ländern Deutschlands sind die parteipolitischen Gegenläufe in Preußen am schärfsten ausgeprägt, so war es naheliegend, daß der „Stahlhelm“ es unternahm, durch das Volksbegehren diese Verhältnisse zu ändern. Jeder gute Preusse muß den gleichen Wunsch haben. Unter aller Wunsch muß es sein, daß in das Preußen-Parlament wieder der Geist der Pflicht und des Verantwortungsbewußtseins einzieht. Der Preussische Landesfreigeierverband wird mit aller Kraft für sein geliebtes Preußen arbeiten.

Was die Aufgaben, die die Organisation hat, anlangt, so kann es an Arbeitsstoff nicht fehlen. Auch an Aktivität fehlt es dem Vorstand nicht. Aktiv wollen wir sein und sind wir, aber nicht auf dem parteipolitischen Gebiet.

Wir müssen dem entgegenzutreten, daß unsere Tätigkeit als minderwertig im nationalen Sinne oder als nicht gleichwertig mit der anderer Verbände bezeichnet wird. Uns genügt das Bemühen, das unsere Tätigkeit notwendig ist für unsere Zukunft.

Wir erklären uns nicht für politisch. Die Folge der politischen Einstellung wäre, daß wir in verschiedenen kleinen Gruppen auseinandergerissen werden würden; und der hohe Parteisinn des Kuffhäuserbundes damit erlobt wäre. Auf der anderen Seite wäre der Erfolg eines solchen Schrittes absolut negativ.

Es ist viel wichtiger, daß wir unsere Mitglieder zu 100 Proz. als Einzelpersönlichkeiten zum Volksentscheid schäden, als daß wir uns als Organisation dafür erklären. Den Verbänden und Vereinen kann und darf man indieser Hinsicht nicht freie Hand lassen, selbst wenn es gewünscht wird.

Wenn man mit dem „Stahlhelm“ in Konkurrenz zum Kuffhäuserbunde setzt, so darf darauf hingewiesen werden, daß ja die geistigen Inhalte der beiden Organisationen verschieden sind. Jedoch der „Stahlhelm“ marшиert nicht vor uns und nicht hinter uns, sondern neben uns in der Durchführung des Kampfes. Unsere Ziele sind die gleichen wie die des „Stahlhelm“, nur, daß dieser andere Mittel hat und andere Wege geht.

Auf einen Erfolg der Abrüstungs-Konferenz, die im Februar im nächsten Jahr in Genf stattfinden soll, ist kaum zu rechnen. Sie wird genau dieselbe Komödie sein, wie die bisherigen Konferenzen. Wir wollen den Gedanken der Wechselseitigkeit ins Volk tragen.

„Wunder nicht selbst immer billig“ jagte Karl aus Mollig, „aber ich rate Ihnen, lassen Sie die Finger davon. Kaufen Sie jetzt im Saison-Umsatze auf bei Ernst Sitt in Torgau gute Herren- und Knabenkleidung unter Preis. Sie haben dann jahrelang Freude und die Erlparnis ist eine wirkliche.“

Kirchliche Nachrichten.

Am 10. Sonntag nach Trinitatis.
Annaburg, Vorm. 10^{1/2} Uhr: Predigt-Gottesdienst. Pfarrer Dielt: Schweinitz. — Der Kindergottesdienst fällt aus.

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwendet man die reizmildernde und kühlende Woddy-Fest-Sonne. Tube 60 Pf. und 1 Mk. Wirkfam unterstützt durch Feiner-Gesichts-Creme 50 Pf. Zu haben in allen Apotheken-Verkaufsstellen.

Es gibt kein „loses“ Persil!

Merken Sie sich das gut! Werden Sie mißtrauisch, wenn man Ihnen derartiges unter dem Deckmantel des guten „Persil“ aufreden will.

Persil edis wir in Originalpackung!



Das diesjährige
Volks- und Heimat-Fest

findet am **Sonntag, den 9.** und am **Montag, d. 10. August** statt. Hierzu ist jedermann aus Stadt und Land freundlichst eingeladen.

Der Umzug beginnt an beiden Tagen um **1/2 2 Uhr**.

Auf dem Festplatz sorgen Hypodrom, erstklassige Fahr-, Schau- und andere Geschäfte bestens für Belustigung, Unterhaltung und Verpflegung.

Für Erwachsene **Tanz** an beiden Tagen. Reichsjugendwettkämpfe **Montag** von 8 Uhr an

Sonntag abend:
Großes Brillant-Feuerwerk!
Der Festausschuß.

Volksentscheid
am 9. August!

Nicht lang' gefragt!
Nur frisch gewagt,
Nach allem, was geschah!
Wie oft hast Du Dich schon beklagt,
Daß Rot dem Feind stets „Ja!“ gesagt,
Nun sage Du „mal: „Ja!“

Du hast am 9. August in der geheimen Abstimmung auf den amtlichen Stimmzettel nur ein Kreuz hinter das „Ja!“ zu machen!

Arbeitsgemeinschaft f. d. Volksentscheid.

Billige Sonderfahrt
nach **Oberstdorf** (Bayr. Allgäu)

vom **5.—13. Septbr. 1931**
mit Anschlüssen von Dessau-Bitterfeld-Wittenberg
Besondere Zug! 40% Fahrpreismäßigung!
Preis für 7 Übernachtungen einst. Frühstück und Bedienung in Privat 19.60 RM., in Hotels 26.60 RM.
Besuch der bayr. Königsschlösser.
Sonderfahrten nach Umbau-Bodensee.
Fahrkartenerwerb ab sofort. Alles Nähere im Reisebüro, der kostenlos bei allen Fahrkartenausgaben sowie im Verkehrsbüro in Dessau zu haben ist.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Reichsbahn-Verkehrsamt Dessau

Ia. Weine
zu konkurrenzlosen Preisen!

Feiner alter Carragona . . .	1 Kl. 1.—RM
1928er Edelesheimer . . .	1 Kl. 1.25 "
Feiner alter Insel Samos . . .	1 Kl. 1.40 "
Montagne Catalogne . . .	1 Kl. 1.50 "
Feiner alter Malaga . . .	1 Kl. 1.90 "
1928er Edenkoberger Berg . . .	1 Kl. 1.90 "
San Anton . . .	1 Kl. 2.25 "
1929er Feinsheimer . . .	1 Kl. 2.25 "
Feiner alter griech. Muskat . . .	1 Kl. 2.60 "
1928er Schloßer Kirchberg . . .	1 Kl. 2.60 "
Feiner alter Sberny . . .	1 Kl. 2.95 "
Alter Malaga superieur . . .	1 Kl. 2.95 "
Davillon de La Tour . . .	1 Kl. 2.95 "
1924er Saint Sannes . . .	1 Kl. 3.35 "

Louis Hofmann, Annaburg.

Handwagen
in sauberer, dauerhafter Ausführung in allen Größen.
Ersatzteile und Räder stets vorrätig.
Solide Preise!

Zentrifugen :: Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Wilhelm Grahl.

Volksentscheid!

Sonntag, den **9. August 1931**
von 8 bis 5 Uhr zeichnet jeder deutsche Volksgenosse nur mit **Ja!**

Nat.-Soz. Deutsche Arb.-Partei

Zum Heimatfest Marx's Existenzkredit
wieder eingetroffen!
und empfiehlt sein
prima Schokoladen- und Ananas-Eis,
garantiertreinen Vollmilch-Saft u. Früchte
Wem's nicht schmeckt, bekommt sein Geld wieder!

Bei uns kostet nur:
Tafel-Margarine 2 Pfd. nur 75 Pf.
Himbeerjast 1 Pfd. nur 45 „
Salat-Del 1 Pfd. nur 46 „
Wierfrucht-Marmelade 1 Pfd. nur 37 „
Kunstbrot 1 Pfd. nur 35 „
Brutreis 5 Pfd. nur 65 „
Voll-Reis 1 Pfd. nur 18 „
Bifin 1 Pfd. nur 16 „
Vollreifes Schmalz 1 Pfd. nur 70 „
Nordhäuser Liter nur 2,80 Mk.

Sowie alle Sorten Käse und Pflanziger
Molkereibutter
Landbutter und Landeier
Theobald Schunke
Zuh.: Frieda Schunke.

Herabgesetzte Preise!

Del- und Wasserfarben
werden in allen Farbtönen auf Wunsch
streifertig hergestellt!
Schlemmteide :: Gips :: Firnis
Zerpentinöl :: Siccatis :: Mattina-
Lacke für alle Zwecke

Pinself
Zedenbürsten, Strichzieher, Anker
Sichelleim, trocken und dreifig, Fußboden-
Lackfarbe,
Küchenmöbel - Emaille - Lackfarben

Schablonen
Spritzmuster, Malerlineale, Bronzen
Holzbeizen, Karbolineum und sonstige
Malerbedarfsartikel!
5 Proz. Rabatt in Marken.

J. Kählig's Nachf.
Inh.: Martha Müller, Mühlentfr. 40

Herabgesetzte Preise!

Am Sonntag, den 9. August
von 8 bis 17 Uhr
gibt es **keine Parteien!**

Jeder preussische Staatsbürger,
Männlein und Weiblein, geht
möglichst früh in sein Wahl-
Lokal und macht ein

Kreuz in den Ja-Kreis!

Für Schwarz und Weiß
Gegen Schwarz und Rot!

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Zahnen u. Lampions
zum Kinderfest
empfiehlt **Herm. Steinbeiß.**

Bevor Sie sich ein Fahrrad anschaffen,
besichtigen Sie bitte mein Lager!

Dort finden Sie in großer Auswahl
Original-Räder
zu den billigsten Tagespreisen!
Sämtliche vorkommenden
Reparaturen
werden in eigener Werkstatt ausgeführt!

Bringe meine
Original-Geidel & Naumann-Nähmaschinen
in empfehlende Erinnerung. Stid-
und Stopffurms erhalten Sie gratis
beim Kauf einer Maschine.

Erstes und ältestes Fachgeschäft am Plage,
besteht seit 1900

Hermann Meyer sen.

In Annaburg muß jeder
vormittags zur Wahl gehen
und sein Kreuz auf „Ja“
einzeichnen!

Sie kaufen vorteilhaft!

Empfehle:
Nähmaschinen
Fahrräder
Zentrifugen
Butterfässer
Radio-Apparate
Wäscherollen
Bringmaschinen
Waschmaschinen
Badewannen

Alle diese Sachen kaufen Sie preiswert in dem
18 Jahre lang bestehenden Geschäft

Fritz Rödler
Auto-Reparaturen — Auto-Lohnfahrten
Fennstr. 253.

Radio
Kompl. Anlagen
Sämtl. Zubehörteile
Akku-Ladestation
Einige Apparate sehr preiswert
abzugeben.
Wilhelm Waisch.

Serabella
Winter-Wicken
Sommer-Wicken
Senf-Saat
Weiße Rüben
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Heute:
frische Bündlinge
Pfund nur 42 Pf.
ff. eingemachte
Heringe
empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Schrapppapier,
gemustert, empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Rölnisch Wasser
Flasche 25 Pf.
Naphthalin-Angeln
Pfund 45 Pf.
Naphthalin-Schuppen
Pfund 45 Pf.
empfiehlt
Marta Stein.

Empfehle in Ia Qualität
zu billigen Preisen:
Maschinen-
Motoren-
Zentrifugen-
Fahrräder-
Fußboden-
Vinoleum-
Mop- und
Dreim-
Staufer, Wagen- u.
Lederfette
Fischtran
Böhnerwachs los und
in Packungen
Wibbel-Politur
J. Kählig's Nachf.
Inh.: Martha Müller
Mühlentfr. 40

Neue
Vollfettgeringe
neue Kartoffeln
neue saure Gurken
Pa. Sauerkohl
empfiehlt
Th. Schunke,
Inh.: Frieda Schunke.

Achtung!
Große Karte
Waldwalzen
bis 0,90 oder 34 Zoll
werden auf Bestellung in
allen Stärken angefertigt.
Annaburg, Schulstr. 11
Koll-Anhänger
empfiehlt die Buchdruckerei

Uel

Uel

Uel

Uel

Uel

Uel

Uel

Uel

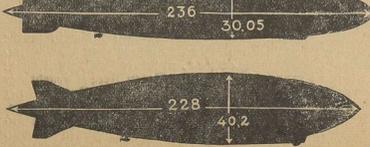
Uel

Ein neuer Zeppelin wird gebaut.

400 000 Mark kosten eine Luftschiffahrt.

Die bisherigen großen Erfolge des Luftschiffes „Graf Zeppelin“, an die sich neuerdings die Luftschiffahrt lehnt, haben die Schweizer Regierung veranlaßt, in Friedrichshafen bei der Luftschiffwerft mit größter Beschleunigung zwei Zeppelinluftschiffe bauen zu lassen.

Da die Leiter des Friedrichshafener Luftschiffwerkes der festen Überzeugung sind, daß die Zeppelinluftschiffe sich auch im Transatlantikverkehr durchsetzen werden, so schreiben die Zeppelinwerke fest zum Bau eines neuen Luftschiffes, des „Z. 129“, über das der Luftschiffbau nachstehende Angaben macht: Es wird wiederum ein Verkehrsluftschiff für die Beförderung von Passagieren sowie von Post und Fracht über lange Strecken sein. Seine Größe ist so bemessen, daß es sich zur Benützung dieser Maschinen auch mit Seilumlauf-Strangsystem eignet. „Z. 129“ wird einen Gehalt von 200 000 Kubikmetern bei einer Länge von 228 Metern und einem größten Durchmesser von 41,2 Metern besitzen. Die Maschinenanlage wird aus vier Einheiten bestehen, wobei jeweils ein Dieselmotor über eine Umtriebsanlage auf eine Luftschiffhülle arbeitet. Das Gerippe des Luftschiffes, der Schmelzprodukt Stromtriebwerk hat, ist auf Druckluftmaschinen angeschlossen. Die Schmelzprodukte sind Schwefel, Schmelz, Wasser und auch die Räume für die Maschinen und die Fracht, Post und sonstigen Lasten werden im Meeresstille überbracht, das gleichzeitig als Hauptbedienungsaggregat. Am See befindet sich das Leitwerk, das aus je zwei festen Flächen mit daran unmittelbar angelegten beweglichen Flügelflächen für Höhen- und Seitensteuerung besteht. Im Bug des Luftschiffes ist unterhalb des Schiffsrumpfes die Führergondel mit Steuer- und Navigationsraum angebracht. Die Räume für die Passagiere sind in der Hauptkabine innerhalb des Schiffes angeordnet. Die Aufenthaltsräume umfassen einen großen Speisesaal, eine geräumige Kasse und ein Schreib- und Lesezimmer und liegen an Wandhängen, die in Isolierung gebaut sind und großen Fenstern versehen sind. Die Gondel für die Besatzung befindet sich in der Mitte der Hauptkabine, die in der Mitte der Hauptkabine angeordnet ist. Die Besatzungsräume sind mit den besten Materialien ausgestattet. Die Besatzungsräume sind mit den besten Materialien ausgestattet. Die Besatzungsräume sind mit den besten Materialien ausgestattet.



Die Größenverhältnisse des „Graf Zeppelin“ (oben) und des im Bau befindlichen „Z. 129“ (unten).

Die Konstruktion wird nicht mehr wie bisher aus Wasserstoffgas bestehen, sondern aus Helium. Die Statolithose des englischen Luftschiffes „M. 101“ führte zu diesem Entschluß, der es dann mit sich brachte, daß der Bau des neuen großen Luftschiffes sich um ein Jahr verzögerte. Die Kapitän Lehmann erklärte, nachdem laut den verschiedenen Zeitungsberichten hinsichtlich des Baues des „Z. 129“ Begriffsverwirrungen, „Z. 129“ ist kein Umbau des „Z. 128“, sondern er stellt einen vollständigen Neubau dar. Der Bau des „Z. 128“, von dem die Konstruktion bereits fertig vorliegt, ist durch die Fälligkeit des Luftschiffes vorläufig eingestellt worden. Die Fälligkeit des Luftschiffes ist seitens Lehmanns ebenfalls durch eine Verzögerung. Eine einmalige Allungung mit Seilumlauf kostet 400 000 Mark. Im übrigen scheinen hinsichtlich des Baues von Luftschiffen ummehr bestehende Pläne vorhanden zu sein, und zwar soll das Luftschiff, das sich zurzeit in Friedrichshafen im Bau befindet, zuerst in den Dienst für regelmäßige Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Amerika gestellt werden.

Die Tochter des Spielers

Roman von Anny von Panshuys.

13. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dita half ihm seinen Koffer packen und begleitete ihn im Auto bis zum Flughafen. Am zehn Uhr vormittags klingelte sie Jia von Kunz an. „Ich möchte Sie gern sprechen, Frau von Kunz, wann darf ich zu Ihnen kommen?“ „Ich bin den ganzen Vormittag daheim und heße zu Ihrer Verfügung, meine Gräfin.“, war die Erwiderung. Da machte sich Dita zum Ausgang fertig. Sie traf Frau von Kunz beim Turnen. Die lebhaft Frau warf einen großen Kuss über das Badefrotto, das sie trug, und bat Dita, Platz zu nehmen. „Was gibt es Neues?“ „Dita brachte ihren Vorfal, führte aus: „Herr Dinant reist jetzt nach Köln zum Gespielt und er sprach davon, er freue sich auf die Rheinreise.“ „Weil er aber erst in einigen Tagen in Köln erwartet wird, möchte ich ihn auf die Sonnenburg einladen. Natürlich mit seiner Tante und dem Impresario. Sie, liebe Frau von Kunz, müßten aber, bitte, auch mein Gatt sein. Dort oder bei uns steht Pierre Dinant doch mehr, wie ich den Rhein ist, als beim flüchtigen Verweilen.“

„Ja von Kunz nicht begeistert: „Das ist ein geradezu idealer Einfall von Ihnen. Sein wird das, wir verschleppen den edlen Ritter vom hohen C auf Ihre Rheinreise über dem Rhein.“

„Wid Ihr Gatte uns auch dorthin begleiten?“

„In Dita meldete sich ein Gefühl von Schuldgefühl. Aber sie ward schnell damit fertig. „Lohar hat ja alles, was sie wollte. Da er das Ganze erst hinterher erfährt, kommt er weitgehend nicht mehr in Betracht.“ Und Frau von Kunz würde ja bei ihr sein. Auch Nora von Stern.

„Ihr war in ihrer Ehe bisher alles so glatt und leicht gegangen, im Hof, wenn Lohar nachträglich nicht ganz einverstanden sein sollte mit der Einladung des Sängers, fügte sie ihm den Mund krumm und die Säge war in Drehung.“

Nah und Fern

○ **Räuberischer Überfall auf eine Bankfiliale.** Die Filiale der Westdeutschen Depositen- und Wechselbank in Düsseldorf wurde von vier Räubern beimgelacht. Der Bankvorsteher wurde von zwei Männern, die mit einem Auto vorgefahren waren, mit der Waffe bedroht, worauf die Räuber alle erreichbaren Zahlungsmittel an sich nahmen und in einer Altkasse unterbrachten. Als die Verbrecher wieder davonziehen wollten, verfuhr ein Schuhmachermeister das Auto aufzuhalten. Auch er wurde mit der Waffe bedroht. Den Räubern sind mehrere tausend Mark in die Hände gekommen.

○ **Entführung in ein Bootshaus.** Bei Arnhem schlug der Witz in ein Bootshaus an. In dem sich 25 junge Leute befanden. Ein 22jähriger junger Mann wurde entführt. Vier Damen erlitten schwere Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

○ **Ein französisches Bombenflugzeug abgefeuert.** In der Nähe von Bourges ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Ein Bombenflugzeug war mit zwei Mann Besatzung auf einem Übungsfluge aufgestiegen und befand sich in geringer Höhe, als es plötzlich in einer Stunde abwärts zu Boden stürzte. Beim Absturz ging der Apparat Feuer. Bauern, die in der Nähe arbeiteten, gelang es zwar, die beiden Militärflieger vor dem Verbrennungstode zu retten, die Flieger hatten aber so schwere Verletzungen davongetragen, daß sie wenige Minuten später starben.

○ **Tigerjagd auf einem Wapdamper.** Auf dem Wapdamper „Jah“ hat sich auf der Fahrt zwischen Colombo und Manila ein gefährliches Nachtkamp zwischen der Mannschaft und einem Tiger, dem Tigerjäger, der auf seinem Käfig zu entkommen, abgefeuert. Der Tiger sprang einen Matrosen der Nachtwache an und zerfleischte dessen Arm. Die Schreie des Matrosen weckten die Passagiere und Mannschaften. Erst nach fündentlanger Jagd durch das ganze Schiff, bei der ein Offizier von dem Tiger ebenfalls schwer verwundet wurde, gelang es der Mannschaft, den Tiger im Vordeck zu töten und mehrere Schiffe zu erlegen, nachdem dieser zuvor einige Affentöpfe zerbrochen und mehrere Affen getötet hatte.

○ **400 000 Liter Milch im Straßengraben.** Im Staate Oregon ist zwischen den Farmern und den Milchhändlern ein Milchstreik ausgebrochen, weil die Händler die Milch für 12 Cent pro Liter verkaufen, während sie selbst nur 3 Cent dafür zahlen. Die Farmer blockieren die Landstraßen, hängen die Milchwagen an und schütten die Milch in den Straßengraben. Bisher sind auf diese Weise 400 000 Liter Milch verlorengegangen.

Bunte Tageschronik

○ **Ein Feuer in einer Scheune.** Ein Feuer in einer Scheune eines Gutsbesitzers in einer Scheune ein Feuer. Ein Monteur und zwei ältere Frauen wurden schwer verletzt; die Frauen ist ihren Verletzungen erlegen.

○ **Verhaftung des Direktors der Bremer Beamtenbank.** Bremen. Der frühere Direktor der Beamtenbank Bremen, Herr H., vorläufig polizeilich festgenommen worden. Die Verhaftung erfolgte, weil die Beamtenbank für den Ertrag eines Geschäftsbetriebs gegen seinen Bankdirektor Kruse mit dem Gericht übergeben. Kruse war bis zum 1. Januar d. J. Direktor der Beamtenbank.

○ **Zerfallsbildungen im belgischen Kohlenbergbau.** Belgien. Die Kohlenbergbauarbeiter haben das Zerfallkommen am 1. August mit Wirkung ab 1. September gekündigt. Die Entschädigung ist die vollständige Bezahlung der Zinsrücklage und das Behalten der Verhandlungen mit den anderen Erzeugungsstätten zurückzuführen.

„Wenn man einen so verliebten Mann hatte wie sie, war das Leben höchst bequem.“

Sie erklärte: „Mein Mann ist heute früh verzeilt und hecht ungeschick eine Woge fort, als er abreiste, dachte ich ich noch gar nicht an die Einladung.“

„Frau von Kunz hätte beinahe einen kleinen Pfiff ausgegeben.“

Sie übernahm es, Pierre Dinant, der in einem Hotel am Bahnhof wohnte, die Einladung zu überbringen. „Ich lasse mich bei seiner Tante melden“, meinte sie. Am Abend wollten beide Damen noch gemeinsam die Oper besuchen. Es wurde Tosta gegeben. Frau von Kunz trat erst nach dem Aufgehen des Vorhanges in Ditas Loge und flüsterte der Sängerin zu: „Er nimmt die Einladung gern an und wird morgen mittag von Frankfurt abfahren. Er läßt Sie grüßen und Ihnen seine Verehrung zu flößen.“ Sie fügte: „Der schöne Kerl ist verliebt in Sie wie ein Wildhuhn, aus jedem Wort, jedem Blick merkt man das heraus.“

In Dita Klang es nach: Der schöne Kerl ist verliebt in Sie wie ein Wildhuhn!

Der Sänger erregte wieder Beifallskurven, und Dita sah wie in einem Rausch, solange er auf der Bühne stand und sang.

Am nächsten Vormittag kam Dita mit den Kindern und Nora Stern auf der Sonnenburg an; Jia von Kunz wollte mit Pierre Dinant, seiner Tante und dem Impresario einige Stunden später folgen.

Erst auf dem Wege nach der Burg hatte Dita Nora von Stern erzählt, daß sie sich Gäste eingeladen und wen. Nora verwarf ihr Entzinnen. Aber sie fand die Einladung doch sehr merkwürdig.

Gegen drei Uhr führten die Gäste durch das alte Pustor, aber Jia von Kunz war nicht dabei. Sie hatte dem Sänger ein Briefchen mitgegeben, das er beim Eintritt in die Halle, durch die goldene Othobenerin flutete, der jungen Gräfin überreichte. Dita dachte, Jia von Kunz würde wahrscheinlich ein paar Stunden später kommen und legte

Spiel und Sport

Sp. Dem Deutschen Turntag am 29. August in der Reichshauptstadt liegen wie immer zahlreiche Anträge vor, deren am meisten erwarteter wohl der auf Entlohnung des Mitgliederpersonals ist. Mehrere Anträge haben diesen Antrag gestellt, wobei es sich die Thüringer am leichtesten gemacht haben: „Die Beträge der DZ sind zeitgemäß zu setzen.“ Neben dem Sanktionsplan verdienen die Röhler Erwähnung. Der 2. Vorsitzende (Reueuendorf), der Sportwart bei Schmeiner, der Wagnerturmwart (Schmeiner), der Spielwart (Braunhardt), der Jugendwart (Reueuendorf) und der Preiswart (Biedemann) schießen zur Kenntnis auf vier Jahre. Interessant ist ein Antrag auf Einführung eines Kreis-„Ausloos“. Großer Wichtigkeit sind auch die Verhandlungen darüber, ob sich die Turnervereine an den Olympischen Spielen in Los Angeles beteiligen soll.

Sp. Primo Carnera schlägt in Romart seinen Landsmann Roberto Roberti in der 3. Runde entscheidend.

Der Viehmarkt und die hohen Zinssätze.

Der Bericht der Viehzentrale G. m. b. H. Berlin-Friedrichsriede. Ein Blick auf die Entwicklung der Viehpreise ergibt, daß Döber in Vergleich zur gleichen Zeit des Jahres 1913 um 6 Mark gleich 15 Prozent, Ferkeln und Käbe um 8 Mark gleich 18 Prozent, Kälber um 13 Mark gleich 25 Prozent und Schweine um 11 Mark gleich 20 Prozent niedriger zu notieren. Diese Verhältnisse liegen die Verhältnisse, wenn man die heutigen Preise mit den der gleichen Zeit des Jahres 1913 vergleicht. Der Preisrückgang beträgt innerhalb eines Jahres bei Ferkeln 13 Mark gleich 20 Prozent, bei Kälbern 14 Mark gleich 20 Prozent, bei Schweinen 14 Mark gleich 20 Prozent, bei Ferkeln 14 Mark gleich 20 Prozent, bei Kälbern 14 Mark gleich 20 Prozent, bei Schweinen 14 Mark gleich 20 Prozent.

Die festige Zinsspolitik trifft, vermag nur verziehen zu lassen, der einseitigen Verhältnisse für die geleistete Arbeit besteht, und auch die Verhältnisse genau kennt. Sollte diese Politik nicht sofort durch andere Maßnahmen geändert werden, so besteht zu befürchten, daß wir in nächster Zeit zwar billiger Viehpreise bekommen, daß die Zinsen aber für sich schon geringfügig ist, als der Viehpreise sinken werden eingetragenen sein.

Für die Finanzierung der Vieherne müssen aber schon in den nächsten Tagen zur Entlastung der Märkte irgendwelche Maßnahmen getroffen werden. Bei dem starken Rückgang des Verbrauchs ist die diesjährige Aktion nicht nur auf den Export, der ja nur ganz geringfügig sein kann, zu beschränken. Man wird der Mäßigung von Fleisch mehr Beachtung schenken müssen, als es bisher geschehen ist.

Das Wichtigste ist und bleibt der rasche Absatz. An Stelle der Arbeitselementarwirkung in bar wird es zweckmäßig sein, Familien Nahrungsmittel zu geben und wenn nötig, dem Werte des Viehes entsprechend, mit einem Zuschlage bis zu 50 Prozent.

Während infolge der Zahlungsunfähigkeit der Banken und der Geldbeschränkung die Schlachtabmärtliche bisher weitgehend entzogen in Vieh abgetötet werden können, gefahrlos ist.

Die Lage auf dem Zucker- und Buttermarkt katastrophal. Selbst die mit mehr als 50 Prozent geringeren Zinssätzen zu den Zuckermarkten konnten infolge der Geldknappheit nicht verwertet werden. Ohne Zuschläge haben innerhalb eines Jahres rund 200 Mark pro Zent verloren. Auch die Butterpreise sind mit hohen Abschlägen zu heute nicht zu verkaufen, weil der laufende Landwirt über dem Mittel nicht verfügt. Kredit, wenn er solche auch erhält, nicht im Ausmaß nehmen kann, weil er bei den hohen Zinssätzen keine Möglichkeit hat, sein Geld wiederzugeben, von einer Rentabilität ganz zu schweigen.

Auch der Getreide- und Säenrisikopreismarkt hat sich erwartungsgemäß wenig günstig entwickelt. Die Preise haben eine schwere Tendenz aufzuweisen, der Verkauf der Tiere erfolgt meist aus Angst, daß die Preise einen weiteren Rückgang erleiden könnten.

Auf dem Viehmarkt behaltete sich die Lage auch im Wesentlichen ruhig. Trotzdem waren die Preise fest, da großes Angebot sich nirgends bemerkbar machte.

den Briefumschlag zunächst ungeöffnet beiseite. Sie führte die Gäste vor allem in die für sie bestimmte Zimmer, dann erst öffnete sie den Umhäng und las mit immer blasser werdendem Gesicht:

„Liebe Gräfin!“

„Ich fühle mich heute so wenig wohl, daß Sie kaum Freude an meinem Besuch hätten, und wie es mir morgen geht, kann ich ja leider noch nicht wissen. Uebermorgen aber, wo Pierre Dinant ja wohl weiterreist, feiert meine Schwägerin Geburtstag.“

Auf Wiedersehen also in Frankfurt!

Ihre Jia von Kunz.“

Dita dachte, es war sehr unangenehm, daß sich Frau von Kunz gerade heute nicht wohl fühlte. Sie wollte gleich einmal telefonisch anrufen. Es dauerte ja doch noch eine halbe Stunde, bis man sich zu Tisch setzen würde.

Am Apparat war die Jofe der Frau von Kunz. Sie erwiderte auf die Frage nach ihrer Herrin: „Bedauere, die grüßliche Frau ist nicht zu Hause, sie ist eben zum Tanzen von Exzellenz Hagebach gegangen. Soll ich irgend etwas ausrichten?“

Dita gab ihre keine Antwort. Sie hatte ihren Namen nicht genannt, die Jofe wußte deshalb gar nicht, wer am Telefon gewesen. Dita war empört. Es handelte sich also um eine Jüde, Jia von Kunz fühlte sich gar nicht frei, sie hatte nur nicht kommen wollen. Wenn sie ihr das ganz offen in Frankfurt gesagt hätte, würde sie Pierre Dinant bestimmt eingeladen haben. Aber was sollte sie jetzt tun? Sie konnte doch nicht erklären: Meine Herrschaften, ich bitte Sie, wieder fortzugehen, denn es ist mir unangenehm, mit Ihnen hier allein zu hausen!

Sie lächelte sich selbst aus. Man lebte doch nicht mehr im vorigen Jahrhundert. Rein Witz konnte etwas dabei finden, wenn sich die Gräfin Briefchen Gäste einlud.

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zornquiere 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verzeichnisse-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Nr. 94.

Sonnabend, den 8. August 1931.

34. Jahrg.

Rundgebung der Preussischen Staatsregierung.

An Preussens Wähler und Wählerinnen!

Rechtsparteien, Sozialisten und Kommunisten — unverfälschte Fortsetzer in unaufrichtiger Barockweise — eilen zum Volksscheid für Auflösung des Preussischen Landtages auf. Parteien, deren tatsächliche Anhänger sich täglich in überfüllten und kläglichem Kampfen gegenübersehen, finden sich plötzlich zusammen. Mit derselben Hast des „Ja“-Grotzells zum Volksscheid wollen beide Teile das denkbar Entgegengelegte erreichen. Die einen ein bolschewistisches, russisches Verfahren nachahmen, die anderen — die anderen das alte volksfeindliche Preußen des Dreißigjährigen Krieges oder eines schändlichen Gewaltregiments.

Und doch: Ein es ist in der Tat den Rechts- und Sozialisten, die hier zum Sturz auf den Preussischen Landtag einziehen, gemeinsam, lassen auch ihre weiteren Ziele unverändert auseinander: Nationalsozialisten und Kommunisten wollen das Chaos wollen den Sturz des Bestehenden. Jeder denkt aber, an die Stelle des Bestehenden seine Herrschaft zu setzen und die anderen — eben nach willkürlichen Bundesgesetzen beim Volksscheid — unter seine Fäuste treten zu lassen.

Der Preussische Landtag würde der Verfassung gemäß ohnehin spätestens im Mai 1932 neu gewählt werden. Bei dem Willen des Volksscheids würde schließlich Anfang Dezember gewählt werden können. Wegen der kurzen unterirdischen Frist von vier Monaten werden nunmehr schon seit dem Februar des Jahres die politischen Scherbenhaufen aufeinander geschleudert. Ein für das Volkswohl ungenutztes schändliches Vergehen in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Not, in der alles darauf ankommt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit als unentbehrliche Voraussetzung für den Wiederaufbau eines wiedererlebigen Deutschlands zu sichern.

Wohl es wirklich nur darum, zu erreichen, daß der Preussische Landtag um einige Monate früher gewählt werden soll? Nein! Vereint wollen die Links- und Rechtsparteien, wollen Nationalsozialisten und Kommunisten das letzte große Volkswort, die Bittabelle der Demokratie und Republik in Deutschland, Preußen, erfüllen. Mit dem Willen des Volksscheids wollen sie nicht nur das letzte Wort der Demokratie geben, das das Ende der Demokratie, des Volksscheids, in Deutschland gekommen sei. Der Weg soll nunmehr frei sein zur Verwirklichung der Pläne an der Verwirklichung der Pläne der Demokratie, die nach dem Zusammenbruch von 1918 dem geliebten deutschen Volk erst die Kraft und den Mut gegeben haben, aus den Trümmern des alten Deutschen Reiches ein neues zu errichten und die Deutschen in der Tat durch sichere Verfassung als Staatsbürger zu bewahren.

Die Vertreter des Volksscheids sind gewissenslos genug, der Preussischen Staatsregierung die Schuld an dem schwersten wirtschaftlichen Unheil aufzubuhlen, das jetzt über das deutsche Volk hereinbricht. In Wirklichkeit sind es die Folgen des verlorenen Krieges und der uns anerkennenden Kriegsschuld, die Folgen der Ruhrbesetzung und der Inflation und volksverderblich verfehlter Maßnahmen, nicht zuletzt aber auch das unverantwortliche Gebahren unserer radikalen Parteien, ihre Bürgerkriegspropaganda und großbrecherische Neuwahlpolitik, die sich nunmehr zu unerhört ungezügelt auswirken. Nicht wäre unheilvoller, als den Märgern des Volksscheids oder ihren kommunistischen Bundesgenossen auch noch das Staatsverderben in Preußen in die Hand zu geben.

Willingen des Volksscheids bedeutet: Sieg wieder für den Ungehörig vereinter gegenseitiger radikaler Kräfte, die dann in ihren erlittenen Kampf miteinander um die Endherrschaft eintreten und Staat und Wirtschaft in diesem Vernichtungskampf mit hineinziehen würden.

Ein Scheitern des Volksscheids ermöglicht eine Weiterführung der ruhigen und feigen Regierungspolitik in Preußen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und als wertvolle Stütze des Reiches bei allen Verhandlungen mit dem Ausland, die der Festigung des Vertrauens zu Deutschland und dem Wiederaufbau einer Wirtschaft dienen.

Wer aus blindem Haß gegen die Errungenheiten der Demokratie den Sturz der Regierung der Weimarer Konstitution in Preußen will,

wer an die Stelle von Ordnung und Sicherheit die gegenseitige Zerfleischung der dann um die Herrschaft kämpfenden radikalen Parteien, also den Bruderkrieg im eigenen Land, sehen will,

wer die Mißnahme wieder angestraften, von der deutschen Wirtschaft zur europäischen Umwelt führenden Pfaden wieder zerreißen will,

wer ein Schicksal Preußen oder ein schändliches Vergehen will, der geht zum Volksscheid und stimmt mit ja!

Wer dagegen für den sozialen und demokratischen Ausbau der deutschen Republik und des Preussischen Reiches will, der schließt sich der Preussischen Staatsregierung an, der Preussischen Staatsregierung mitteilen will, uns aus dem furchtbaren Elend der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in hartem und zähem Kampf wieder aufwärts zur Gesundheit zu führen.

wer Vernunft, Besonnenheit und tiefe, glühende Liebe zu Volk und Vaterland gerade in schwerster Zeit beweisen will, der folge der Parole:

Stellt Euch fern vom Volksscheid! Beteiligt Euch nicht am Volksscheid!

Das Preussische Staatsministerium:
Dr. h. e. Braun,
Dr. h. e. Seewitz,
Dr. h. e. Girsiefer,
Minister des Innern,
Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten,
Dr. Schreiber,
Minister für Handel und Gewerbe.

Dr. h. e. Girsiefer,
Minister für Volkswohlfahrt,
Dr. h. e. Girsiefer,
Finanzminister,
Dr. Schmidt,
Justizminister.

Grimme,
Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Das Begleit Schreiben der Preuss. Regierung

Die Preussische Staatsregierung hat allen Zeitungen Preußens auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg vom 17. Juli 1931 aufgegeben die vorstehende Rundgebung der Preussischen Staatsregierung zum Volksscheid in Preußen zu veröffentlichen. Der Wortlaut der Rundgebung ist uns mit folgendem Begleit Schreiben der Preussischen Regierung zugehelt worden:

Der preussische Ministerpräsident,
Berlin W 8, den 5. August 1931.
24. August 63.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 17. Juli 1931, § 4, erlaube ich Sie, die anliegende amtliche Rundgebung der Preussischen Staatsregierung auf der ersten Seite an ihrer Stelle der nächsten, zum Druck noch nicht abgeklärten Nummer Ihrer Zeitung im Ferndruck zu veröffentlichen.

Die Preussische Staatsregierung,
gez. Braun,
Preussischer Ministerpräsident.

Proteste gegen die Dreißigjährigen Regierung.

Die amtliche Rundgebung zum Volksscheid.

Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung auf Grund der Notverordnung des Wälders zum Volksscheid hat zugehen lassen, hat in der politischen Öffentlichkeit das größte Echo und härtesten Widerspruch gefunden. Die Notverordnung, die nach der Notverordnung, die die Notverordnung durch die preussische Staatsregierung eingeleitet. Der Reichspräsident hat den Preußen erklärt, daß die Notverordnung sofort in Kraft treten soll. Amtlich wird hierzu mitgeteilt:

Der Reichspräsident läßt auf die ihm zugegangenen zahlreichen telegraphischen Anfragen mitteilen, die Anordnung der Veröffentlichung der gestrigen Rundgebung der preussischen Staatsregierung voranstellen gegeben hat, die Notverordnung vom 17. Juli 1931 zur Bekämpfung politischer Unruhen zu erfüllen. Die Notverordnung wird in der folgenden Weise ausgeführt: Die Notverordnung unterbreitet weiter gemeldet wird, dürfte die Wände der letzten Notverordnung noch einige Tage anzuhalten lassen. Die Notverordnung wird in dieser Angelegenheit zunächst Versprechungen mit den zuständigen Behörden haben. Eine Entscheidung über die Fortsetzung der Notverordnung wird voraussichtlich am Montag nach der Rückkehr des Reichsanstalters fallen.

Die Verhinderung des Stahlhelms.

Das Bundesamt des Stahlhelms hat in Verfolg der Rundgebung der preussischen Staatsregierung gegen den Volksscheid, die als Auflagenbedingung sämtlichen Preussischen Zeitungen, an den Reichsanstalt ein Schreiben abgeben, in dem es darauf hinweist, daß diese Rundgebung keine Aussicht hat unter unbedingter Verurteilung auf die Notverordnung zu gehen, und in dem es den Reichspräsidenten bittet, die preussische Blätter das Gegenteil von dem zu veröffentlichen gezwungen sind, was sie als Wahrheit und Recht erkannt haben.

Am Tage vorher hat der Stahlhelm an den Reichsanstalt kurz vor dessen Abreise nach Rom ein Schreiben abgeben, in dem er über Verhinderungen des Volksscheids Beschwerde erhebt und erklärt, daß der Stahlhelm sich vorbehaltlich der Beförderung des Volksscheids das Ergebnis der Abstimmung anzusehen.

Die Volkspartei protestiert.

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Hr. Dingeldey, hat an die Reichsregierung ein Telegramm geschickt, in dem er den dringenden Wunsch ausgesprochen hat, die Reichsregierung möge noch in diesem Monat unternehmen, um den Abbruch der Auflage — Rundgebung der preussischen Regierung gegen den Volksscheid zu verhindern. Dagegen ist in seiner Ausdrucksweise sehr scharf geäußert. Das Telegramm lautet: „Zunächst ist zu betonen, daß die preussische Vorgehen die Stärkung radikaler Tendenzen im Lande und eine neue Erregung der Bevölkerung zur Folge hat. Diese Schritte, die die Reichsregierung bisher unternommen hat, werden durch die von Preußen getätigte Anwendung der Notverordnung in eine Oppositionsstellung gebracht, die schwere Gefahren in sich schließt.“ Ein ähnlich lautes Telegramm hat Dingeldey an das Bureau des Reichspräsidenten, v. d. des Staatssekretärs Weisner, geschickt.

Die Bedrohung der Pressefreiheit.

Eben so die Rundgebung der Pressefreiheit.

Die Rundgebung der preussischen Regierung zum Volksscheid haben am Freitag alle Blätter veröffentlicht. Eine Stellungnahme dazu ist meistens unterblieben, weil man wohl annahm, daß eine Erwiderung in der gleichen Nummer nicht erlaubt sei. Einige Berliner Blätter veröffentlichten jedoch die Rundgebung gleichzeitig mit einer scharfen Kritik. Die Blätter, die der preussischen Regierung nahestanden, drücken die Rundgebung eine scharfe Kritik. Die Blätter der Reichspresse, die der Notverordnung bringe gleichzeitig eine scharfe Begründung der Notverordnung, in der es heißt, daß von einer Bedrohung der Pressefreiheit in diesem Falle keine Rede sein könne, wenn in der Notverordnung nicht auch die Presse der Linken und des Zentrumes Stellung.

Die Blätter der Rechten üben an der Rundgebung zum Teil sehr scharfe Kritik, soweit dies mit Rücksicht auf die Notverordnung möglich ist. Der Berliner „Volkswacht“ beginnt seine Stellungnahme so:

„Selbst wenn es so etwas wie eine Zeitung gibt, hat noch niemals eine Regierung die Macht in Anspruch genommen und in Anspruch nehmen können, die oppositionelle Presse zu zwingen, in einer Weise, die völlig gegen ihre Überzeugung geht, für die Politik eines von ihr befehligten Ministeriums in vorläufiger Aufmachung Propaganda zu machen. Die Notverordnung vom 31. Juli gibt zum ersten Male einer Regierung diese Macht. Die preussische Regierung Braun-Stein macht zum ersten Male von dieser Macht Gebrauch.“

Die aragische Deutsche Tageszeitung stimmt dem Punkt für Punkt der Rundgebung vor und sagt dabei u. a.: „Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit. Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit. Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit.“

„Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit. Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit.“

„Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit. Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit.“

„Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit. Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit.“

„Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit. Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit.“

„Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit. Die Rundgebung, die die preussische Staatsregierung macht, ist ein schwerer Verstoß gegen die Pressefreiheit.“